

Ausfinanzierung des Studierendenwerks statt Preiserhöhung – Gemeinsam gegen die 13. Monatsmiete!

Das Studierendenparlament der Uni Hamburg unterstützt die Petition „Ausfinanzierung des Studierendenwerks statt Preiserhöhung - Gemeinsam gegen die 13. Monatsmiete!“
(<https://www.openpetition.de/!studiwerk>)

Das Studierendenparlament beauftragt die studentischen Vertreter:innen, die in der Vertreterversammlung und im Aufsichtsrat des Studierendenwerks die Studierendenschaft der UHH vertreten, die Position und Forderungen der Petition in die Gremien zu tragen und sich für diese dort kämpferisch einzusetzen.

Das Studierendenparlament beauftragt das Präsidium des Studierendenparlaments, die Fachschaftsräte der Uni Hamburg über die Petition in Kenntnis zu setzen und sie zur Mitwirkung einzuladen. Die parteipolitisch aktiven Hochschulgruppen werden aufgefordert sich innerhalb ihrer Parteistrukturen für die Belange der Petition mit Nachdruck einzusetzen. Zudem wird das Präsidium des Studierendenparlamentes dazu aufgefordert den akademischen Senat und das Studierendenwerk Hamburg um Stellungnahme zu bitten und der AStA dazu aufgefordert mit der Initiative Kontakt aufzunehmen und eine Zusammenarbeit zu prüfen.

Begründung (Petitionstext)

Ausfinanzierung des Studierendenwerks statt Preiserhöhung - Gemeinsam gegen die 13. Monatsmiete!

Wir fordern:

Eine ausreichende und langfristig gesicherte öffentliche Finanzierung des Studierendenwerks für:

1. Rücknahme der Mieterhöhung und mittelfristiges Absenken der Mieten auf höchstens/maximal 270€ (1/3 des Einkommens von 37% der Studierenden!)[1])
2. Bau weiterer Wohnheime – Wohnheimplätze für mindestens 15% aller Studierenden und Auszubildenden bis 2030![2]
3. Keine Erhöhung des Semesterbeitrags und mittelfristige Senkung des Beitrags!
4. Keine Erhöhung und baldige Senkung der Mensapreise!

Das Studierendenwerks dient der Ermöglichung von Bildung und gesellschaftlicher Teilhabe für alle. Dafür wurde das Studierendenwerk 1922 gegründet. Der seit Jahren unzureichende öffentliche Zuschuss zwingt das Studierendenwerk jedoch immer wieder dazu, die finanzielle Last direkt auf die Studierenden abzuwälzen. Damit wird dieser Gründungsgedanke massiv untergraben Die geplanten Mieterhöhungen, Beitragserhöhungen und steigenden Mensapreise ab Januar 2025 stellen eine existenzielle Bedrohung für viele Studierende dar. Schon heute gelten knapp 80% der Studierenden, die mit anderen Studierenden oder Auszubildenden zusammen oder allein leben, als armutsgefährdet[3] – Tendenz steigend. Statt die soziale Notlage weiter zu verschärfen braucht es : eine Ausfinanzierung des Studierendenwerks durch die öffentliche Hand!

In den letzten Jahren konnten bereits Erfolge erzielt werden: Die Vermeidung drastischer Semesterbeitrags erhöhungen, die Wiedereinführung der Möglichkeit zur Bargeldzahlung in der Mensa Studierendenhaus und der Ausgleich des Defizits für 2023 und 2024 sind Beispiele dafür, was durch studentisches Engagement erreicht werden kann.

Denn wir sagen: Bildung darf kein Luxus sein! Die wirtschaftliche Stabilität und Weiterentwicklung des Studierendenwerks darf nicht auf den Schultern derjenigen ausgetragen werden, die in der Gesellschaft ohnehin schon am meisten belastet sind. Es braucht eine verlässliche und bedarfsgerechte öffentliche Finanzierung.

Warum ist das wichtig?

1. Bildungsgerechtigkeit: Die steigenden Kosten wirken wie ein Ausschlusskriterium für viele Menschen, die sich ein Studium unter den aktuellen Bedingungen nicht mehr leisten können.
2. Soziale Verantwortung: Das Studierendenwerk ist kein profitorientiertes Unternehmen, sondern eine Einrichtung mit sozialem Auftrag. Angebote wie bezahlbarer Wohnraum, günstige Verpflegung und soziale Beratung sind für viele Studierende essenziell.
3. Zukunft der Wissenschaft: In einer immer komplexer werdenden Welt brauchen wir mehr gut ausgebildete Wissenschaftler:innen, um globale Krisen zu lösen. Wenn sich weniger Menschen ein Studium leisten können, schadet das der gesamten Gesellschaft.

Dem steht stattdessen entgegen:

1. Mieterhöhung in den Studierendenwohnheimen um durchschnittlich 36 € pro Monat: Diese Mieterhöhung summiert sich auf über 400 € im Jahr – das entspricht einer zusätzlichen Monatsmiete pro Jahr. Für viele Studierende ist das eine untragbare Mehrbelastung.
2. Semesterbeitrags erhöhung des StW HH's um 16 € bis Ende 2025: Trotz der ohnehin hohen finanziellen Belastungen steigt der Semesterbeitrag erneut. Studieren wird damit für viele zu einer Frage des Geldbeutels.
3. Preiserhöhung in der Mensa um 6%: Gerade die Mensa wurde ursprünglich als Anlaufstelle für günstige Verpflegung und Austauschmöglichkeiten gegründet. Diese Erhöhung führt dazu, dass sich noch weniger Studierende eine ausgewogene Mahlzeit in der Mensa leisten können.

Das ist nicht nur sozial ungerecht, sondern auch gesellschaftlich kurzsichtig: So lassen sich weder soziale Ungleichheit, ökologische Verheerungen noch gewaltsame Konflikte lösen. Denn weniger Studierende bedeuten langfristig weniger Bildung, weniger Forschung und weniger gesellschaftliche Entwicklung.

Was kannst Du tun?

Unterschreibe diese Petition und fordere gemeinsam mit uns den Hamburger Senat und die Leitung des Studierendenwerks auf, die soziale Infrastruktur für Studierende nachhaltig zu sichern und zu verbessern. Werde mit uns aktiv! Schreib uns an: HRK.Hamburg@gmx.de

Für bezahlbaren Wohnraum, Zugang zu günstiger Verpflegung und ein Recht auf Bildung!

[1] <https://www.studierendenwerke.de/themen/hochschulpolitik/sozialerhebung> (letzter Aufruf 06.10.2024)

Antrag von CampusGrün, Liste LINKS, SDS* und junge sozialist:innen & fachschaftsaktive,
beschlossen mit Änderungsanträgen in der Sitzung des Studierendenparlaments vom 24.
Oktober 2024

[2] Im WiSe 2018/19 betrug das Verhältnis von Wohnheimplätzen zu wohnberechtigten Studierenden 6,14%, vgl. Wohnraum für Studierende - Statistische Übersicht 2023: https://www.studierendenwerke.de/fileadmin/user_upload/231218_DSW_Wohnen23_web.pdf (letzter Aufruf 05.10.2024)

[3] https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/08/PD24_N044_62.html
(letzter Aufruf 30.09.2024)